





Städten, darunter in den grössten, tatsächlich noch viel bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen wie in Nürnberg und wenn sie des ferneren darauf hinweisen, dass Nürnberg sich schon vor vielen Jahren mit der Gehilfenschaft auf die jetzt als Forderung aufgestellte Kürzung der Arbeitszeit geeinigt hat und dass die Gehilfenschaft ihr damals gegebenes Versprechen, für allgemeine Einführung dieser Arbeitszeit zu sorgen, in der inzwischen verflissenen sehr langen Zeit zum Schaden der hiesigen Arbeitgeber noch nicht verwirklichte konnte, so ist zu entgegnen, dass unser Verband seit dieser Zeit (seit 1891) unermüdet bestrebt war, überall dieselben Verhältnisse zu schaffen und dass es ihm auch gelungen ist, in vielen Firmen am Ort, sowie in anderen Städten, dieselben durchzuführen. Allerdings war es nicht möglich, diese überall einzuführen, denn bei solchen Bewegungen ist auch der Wille der Unternehmer zum guten Teil mit anzuschlagend. Hier wäre es wohl Sache der Unternehmer gewesen, helfend mit einzugreifen und so ihr damals gegebenes Versprechen zu erfüllen. — Wir hätten im vergangenen Jahre bei Einreichung eines Tarifes für ganz Deutschland die gute Absicht, durch einen solchen in ganz Deutschland gleichartige Verhältnisse zu schaffen und es lag in der Hand der Unternehmer, die Durchführung derselben zu verwirklichen. Die Generalversammlung der Unternehmer in Frankfurt a. M. lehnte aber alle Verhandlungen ab; es kann uns der Vorwurf daher nicht gemacht werden, dass wir nicht alles versucht hätten, um überall gleichartige Zustände herbeizuführen. Wir werden aber trotzdem diese Versuche noch nicht aufgeben, sondern werden, nachdem das Zustandekommen eines Tarifes für ganz Deutschland an den Beschlüssen der Frankfurter Unternehmer-Generalversammlung gescheitert ist, daran arbeiten, gleichartige Verhältnisse in ganz Deutschland durch Einreichung gleichlautender Tarife in den verschiedenen Städten herbeizuführen und es wurden auch bereits in mehreren Städten Verhandlungen mit den Unternehmern in die Wege geleitet.

Wenn dann weiter in dem Beschluss der Unternehmer davon die Rede ist, dass nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge der Export und mithin auch die Beschäftigung vieler Betriebe stark zurückgehen würde, so ist zu beachten, dass Zollerhöhungen für Produkte unseres Berufes hauptsächlich nur für solche Länder in Betracht kommen, in denen sich unser Beruf in den letzten Jahren selbst ausserordentlich entwickelt hat, daher der Export aus Nürnberg kein so sehr grosser ist. In den Ländern, nach welchen Nürnberg hauptsächlich exportiert, bleiben die Zölle auf unsere Erzeugnisse unberührt oder werden doch nur ganz minimal erhöht. Infolgedessen dürfte die Schädigung unseres Exportes keine nennenswerte sein. Die fortwährenden Vergrößerungen der Betriebe am Platze lassen auch nicht darauf schliessen, dass die Aussichten so sehr schlechte seien. Wenn aber geglaubt wird, es müsse doch mit einem eventuellen Rückgang der Beschäftigung unseres Berufes gerechnet werden, so ist es eine um so grössere Notwendigkeit, zur rechten Zeit überall gleichartige Zustände zu schaffen.

Dem Verlangen der Unternehmer, dass an den Verhandlungen Delegierte sämtlicher organisierter und nicht organisierter Arbeitnehmergruppen teilnehmen, könne ja vielleicht entsprochen werden und würde die Siebenerkommission der Versammlung vorschlagen, eine neue Kommission zu wählen, bringt sie aber auch deshalb ein, um allen Einwendungen, dass sie nicht von der Gesamtkollegenschaft gewählt sei, vorzubeugen.

Dem Sonderverband gegenüber erklärt sich die Kommission im Interesse der grossen Sache zum wiederholtenmale bereit, die Hand zum Bunde zu reichen. Um ihm entgegenzukommen, bietet sie ihm ein Kompromiss an in dem Sinne, dass in unserem Tarif statt einem Minimallohn ein Mindestlohn für Ausgeladene gefordert wird, und es wäre vielleicht doch besser, wenn er sich damit einverstanden erklären würde, ehe er durch sein Benehmen die ganze Bewegung zum Scheitern bringt, wodurch die ganzen übrigen Vorteile, für die er selbst eintritt, illusorisch gemacht würden.

In der Diskussion deckten sich die Ausführungen der sämtlichen Redner, inbetreffs der Antworten und des Beschlusses der Unternehmervereinigungen mit denen des Referenten, im übrigen führten sie noch folgendes aus: Kollege Schwarz erklärte, dass der Christliche Verband der graphischen Berufe in Erkenntnis der enormen Bedeutung der jetzigen Bewegung, sowie dass dieselbe nur durch ein geschlossenes Vorgehen sämtlicher Kollegen die erwünschten und notwendigen Verbesserungen, welche den Frieden innerhalb unseres Berufes auf Jahre hinaus sichern würden, bringen können, sich unter Hintansetzung aller gewerkschaftlichen Gegensätze der Organisationen bereit erklärte, für die sämtlichen Forderungen mit einzutreten. Von derselben Erkenntnis solle sich auch der Sonderverband leiten lassen und seinen extremen Standpunkt aufgeben. Wenn auch die Verbesserungen für die Gesamtkollegenschaft es gilt erringen, müssen alle Gegensätze zwischen den Organisationen in den Hintergrund treten, und es muss alles zusammenhalten, um die gemeinsamen Forderungen durchzubringen. Wenn die Sonderbündler ihre Verwunderung ausgedrückt haben, dass von seiten des Christlichen Verbandes für die am 20. Februar gefasste Resolution gestimmt wurde und wenn sie dabei auf die christliche Nächstenliebe

hinwiesen, so muss dem entgegnet werden, dass den Mitgliedern des christlichen Verbandes die christliche Nächstenliebe nicht vorschreibt, gegen Verbesserungen innerhalb des Berufes zu sein. Die Unorganisierten sollen ebenfalls beitragen zum guten Gelingen der Bewegung und dies durch Zustimmung der heutigen Resolution betätigen, denn sie haben dasselbe Interesse an den angestrebten Verbesserungen, wie die organisierten Kollegen.

Der Vorsitzende der Zahlstelle Nürnberg des Sonderverbandes Kollege Fassold gab bekannt, dass er nicht die Befugnis habe, eine definitive Erklärung abzugeben, ob der Sonderverband an der Sache mitarbeiten werde; doch erklärte er sich bereit, darauf hinzuwirken, dass ein Kompromiss zustande komme. Wenn die Kommission sich brieflich an den Sonderverband wende, könne vielleicht eine Einigung erzielt werden; sie sind für sämtliche Forderungen ausser Minimallohn.

Kollege Pfeiffer-Fürth führt an: Durch die neuen Zolltarife wird die Lebenslage der Arbeiter wiederum verteuert, daher haben die Kollegen umsomehr Ursache, sich bessere Verhältnisse zu sichern. Nach den Antworten der Unternehmer zu schliessen, scheinen dieselben die Tarifsache wieder verschleppen zu wollen. Dies wird aber die Kollegenschaft mit allen Mitteln zu verhindern bestrebt sein. An den Verschleppungsversuchen ist zum guten Teil die Haltung des Sonderverbandes mit schuld. Durch den Kompromissantrag der Siebener-Kommission sollte dem Sonderverband entgegengekommen werden, sollte derselbe auch jetzt noch auf seinem extremen Standpunkt beharren, so müsse man ihm jede soziale Einsicht absprechen. Dieselben Ansichten in allen Punkten vertraten auch die übrigen Redner, so auch Kollege Peeck-Schwabach, welcher noch bemerkte, dass, wenn der Sonderverband noch nicht gewillt ist, mitzuarbeiten, wir auch ohne ihn die Macht haben, die Bewegung durchzuführen. Unorganisierte in die Kommission zu entsenden, hielt er, wie verschiedene andere Redner, nicht für richtig, da solche Delegierte keine Gewähr bieten können, dass sämtliche Nichtorganisierte hinter ihnen stehen.

Kollege Stauer wies darauf hin, dass die gesamte Kollegenschaft mit nur wenigen Ausnahmen den Beschluss gefasst, die Verhältnisse auf Grund eines Tarifes zu regeln und dass daher auf die wenigen, welche übrigens ebenfalls bis auf einen Punkt mit sämtlichen Forderungen einverstanden sind, keine Rücksicht genommen werden könne.

Kollege Habel verwies auf die Verbesserungen, welche bei den Chemigraphen und Lichtdruckern, im besonderen auch durch den Minimallohn erreicht wurden, während Kollege Eichenmüller die Sonderbündler darauf aufmerksam machte, dass es wohl von ungleich grösserem Nutzen wäre, wenn durch ein geschlossenes Vorgehen der Tarif mit seinen Vorteilen zustande käme, als dass durch ein beharrliches Festhalten ihres Standpunktes alle übrigen Vorteile verloren gehen. Wenn die Sonderbündler nach eigenem Ausspruch so geistig revolutionär sozialdemokratisch erzogen sind, dann müssten sie auch einsehen, dass sie sich nach demokratischem Prinzip den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen haben. Als Vorsitzender der Kommission müsse er es ablehnen, den Sonderverband brieflich zur Mitarbeit aufzufordern, nachdem die Versammlung zu ihm gesprochen habe.

Kollege Billmann verteidigte der Minimallohn, ohne den er den Tarif als solchen nicht betrachten könne und drückte dann die Ansicht aus, dass, wenn Verhandlungen mit den Unternehmern über den Tarif nicht zustande kommen würde, gegen diejenigen Firmen vorgegangen werden müsse, in welchen die von den anderen Unternehmern anerkannten und ihren Betrieben durchgeführten Verhältnisse noch nicht bestehen.

Kollege Ries führte in seinem Schlusswort noch folgendes aus: Wir haben seit dem Beginn der Bewegung den Sonderverband zu wiederholten Malen eingeladen, mitzuarbeiten an der Durchführung unserer Forderungen, haben ihm ebenso oft die Hand zum Bunde gereicht und sind ihm durch einen Kompromissantrag weitgehendst entgegengekommen, und es wäre nun wohl gut, dass sich derselbe überlegt, ob er es mit seiner Ehre vereinbaren könne, weiter auf seinem Standpunkt bestehen zu bleiben und dadurch womöglich die ganze Bewegung zum Scheitern zu bringen. Den Anwesenden aber empfahl er, sich durch die Schreiben der Unternehmer nicht einschüchtern zu lassen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

»Die äusserst starkbesuchte Versammlung der Nürnberger Lithographen und Steindruckern am 13. März in der »Goldenen Rose« nimmt Kenntnis von dem Beschluss der vereinigten Unternehmer von Nürnberg-Fürth und Umgebung und drückt ihre Befriedigung über die Bereitwilligkeit aus, mit der Gehilfenschaft in Verhandlung zu treten.

Den der Siebenerkommission gemachten Vorwurf des einseitigen Handelns, weist die Versammlung als ungerechtfertigt zurück und betont ausdrücklich, dass die Kommission mit ihrem Hinweis im Schreiben vom 4. März bezüglich der Zoll- und sonstigen Fragen durchaus korrekt und dadurch klug gehandelt, dass sie sich ein Eingehen auf diese Materie für die mündliche Verhandlung vorbehält. Im weiteren enthält die Annahme, dass der »Verband der Lithographen, Steindruckern und verwandte Berufe« noch nicht vermocht habe, in

anderen mit Nürnberg-Fürth und Umgebung stark konkurrierenden Druckorten gleichartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, eine vollständige Verkennung der Tatsachen.

Die Schuld, dass nicht mehr erreicht wurde, tragen lediglich die Kollegen der in unserem Bezirk produzierenden Arbeitgeber, welche die Bestrebungen der Arbeitnehmer in wirtschaftlicher Beziehung mit den gesuchtesten Mitteln zu vereiteln verstanden haben.

Die Versammlung erwartet nunmehr, dass in die mündlichen Verhandlungen eingetreten wird und dass diese bis 1. April beendet sind.

Als Vertreter, die aus freier Wahl in heutiger Versammlung hervorgegangen sind, entsendet die Kollegenschaft nachbenannte Herren:

Heinrich Peeck-Schwabach, Alfred Lindenhahn und Michael Pfeiffer-Fürth, Fritz Billmann-, Oskar Ries-, Richard Schwarz-, Hermann Albert-, Nikolaus Eichenmüller, Max Habel-Nürnberg.

Ebenso einstimmig wurde nachstehender Antrag nebst Begründung des christl. graphischen Verbandes angenommen:

»Keine Nichtorganisierten zu den Verhandlungen zuzulassen.«

»Die Verhandlungen werden nur von Organisation zu Organisation geführt. Gerade so, wie organisierte Arbeitgeber ohne Rücksicht auf ihre nicht verbundenen Betriebe vorgehen. Gerade von demselben Standpunkte müssen die organisierten Arbeitnehmer alle unorganisierten Kollegen von den Verhandlungen ausschliessen. Abgesehen davon, dass jeder Kollege, ob organisiert oder nicht, selbstverständlich jeder Verbesserung seiner Lage zustimmt, würde die Zulassung dieses Punktes ein nimmer endendes Hindernis aller künftigen Verhandlungen bilden. Eine Gleichberechtigung der Nichtorganisierten mit der Organisation würde für die Zukunft das Bestehen jeder Vereinigung illusorisch machen und den Indifferentismus propagieren.«

Die Einmütigkeit und die Begeisterung, mit welcher die Kollegenschaft für die Bewegung eingegangen ist, bewies der äusserst zahlreiche Besuch und der stürmische Beifall, welcher den einzelnen Redner sowie der Annahme der Resolution gesendet wurden, ebenso der Umstand, dass sich gegen die Resolution und den Antrag der christlichen Gewerkschaft keine Stimme erhoben hat, infolgedessen die anwesenden Mitglieder des Sonderverbandes sowie die Nichtorganisierten damit vollkommen einverstanden sind.

Durch die einstimmige Wahl der Kollegen für die Kommission, bekundete die Versammlung, dass sie zu derselben volles Vertrauen hat und sich mit ihr eins fühlt.

Fürth. (Tarifbewegung!) Nachdem man sich in den gutbesuchten Versammlungen vom 7. und 21. Februar cr. mit den Vorarbeiten und der Vorlage auf die Prinzipalität betr. Erlangung eines Lokaltarifs beschäftigte, tagte am 15. März im »Saalbau« eine äusserst starkbesuchte Versammlung, um die Antwort der Prinzipale auf die eingereichten Tarifforderungen entgegenzunehmen. Auch die hiesigen Unternehmer erklärten sich durch ihren Verband bereit, mit uns in mündliche Verhandlungen zu treten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier in Güte gleichmässig zu regeln. Die u. a. von den Unternehmern gestellten Bedingungen, dass auch nicht- und anderswo Organisierte in der Kommission vertreten sein sollten, lehnte die Versammlung einstimmig ab, mit der Begründung, dass dies ein Zugeständnis an den Indifferentismus wäre. Der Christliche Verband, welcher sich vollständig mit allen unseren Forderungen einverstanden erklärte, ist bereits in der Kommission vertreten. Ausserdem waren Nichtorganisierte jederzeit zu den Versammlungen eingeladen und auch erschienen, und waren auch diese sowohl mit unseren Forderungen als den in die Kommission gewählten Personen einverstanden. Die hiesigen Sonderbündler erklärten sich schriftlich ebenfalls für unsere Forderungen bis auf den Minimallohn, blieben aber den Versammlungen fern. Die Einwände der Unternehmer, dass hier keine schlechten Verhältnisse bestehen als anderswo und deshalb auch keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden könnten, wurde durch statistisches Material als unrichtig zurückgewiesen. Es arbeiten tatsächlich in einigen hiesigen Geschäften die Lithographen noch 9 Stunden zu einem Durchschnittslohn von 24,— Mark. Auch die Klausel von 1896, dass erst nach dreijähriger Tätigkeit in einem Betrieb die Feiertagsbezahlung verlangt werden könne, muss einmal beseitigt werden, auch von den Steindruckern werden in einigen Geschäften Auflagen verlangt, welche man anderwärts als horrend bezeichnet und es für unglaublich hält, dass da noch was Gutes geliefert werden kann. Die Hauptklage in der Antwort der Unternehmer war die Verschlechterung des Exports durch die neuen Handelsverträge und wurde hierauf entgegnet, dass unsere Branche ganz minimal unter den neuen Verträgen zu leiden hat, da unser Hauptexport nach England und Amerika ist, welcher keine Erschwerung erfahren hat. Man war sich einig, dass uns gerade die jetzige Zeit dazu zwingt, unsere Arbeitsverhältnisse für die nächste Zeit zu regeln. Denn warten wir erst den Rückschlag der Konjunktur, welcher nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge kommen muss, ab, so ist es jedenfalls mit einem Entgegenkommen unserer Unter-

